



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Weil in einem Familienland Familien und Kitas zusammengehören

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Bayern bezeichnet sich als „Familienland“, doch die Realität zeigt ein anderes Bild. Die rückwirkende Streichung von Familiengeld, Krippengeld und dem angekündigten Kinderstartgeld für alle ab 1. Januar 2025 geborenen Kinder hat das Vertrauen vieler Familien erschüttert.
- Die Staatsregierung konstruiert einen falschen Gegensatz zwischen Familienförderung und Kita-Finanzierung. Jahrelang wurden notwendige Investitionen in die Kindertagesbetreuung versäumt, trotz wiederholter Warnungen von Kommunen, Trägern und Fachkräften. Nun werden diese Versäumnisse auf junge Familien abgewälzt.
- Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht. Gute Kitas und verlässliche Familienförderung sind keine Gegensätze, sondern beide notwendig und mit politischem Willen finanzierbar.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert:

1. Vertrauenschutz und Verlässlichkeit: für die Jahrgänge 2025 und 2026, das versprochene Kinderstartgeld auszuzahlen;
2. Familienförderung: ab 2027 das Kinderstartgeld mit einkommensabhängiger Staffelung fortzuführen, wobei sich die Bemessung an der Systematik des Elterngeldes orientiert.

Begründung:

Die kurzfristige Streichung des angekündigten Bayerischen Kinderstartgelds sowie die rückwirkende Abschaffung von Familien- und Krippengeld für alle ab dem 1. Januar 2025 geborenen Kinder erfolgte ohne jede Übergangsregelung – und nur zwei Tage vor der geplanten Abstimmung. Familien mit Kindern der Jahrgänge 2025 und 2026, die ihre Elternzeit und Finanzplanung im Vertrauen auf zugesagte Leistungen organisiert haben, stehen nun vor erheblichen Einbußen. Sie erhalten weder das bisherige Familien- und Krippengeld noch das zugesagte Kinderstartgeld. Für diese beiden Jahrgänge braucht es daher dringend eine verlässliche Lösung, um den Vertrauensbruch gegenüber jungen Familien zu beheben.

Die Streichungen sind das Ergebnis jahrelanger politischer Versäumnisse. Die Staatsregierung hat die steigenden Kosten in der Kita-Finanzierung über Jahre ignoriert und

Anträge zur Erhöhung der Betriebskostenförderung regelmäßig abgelehnt. Die wachsenden Finanzierungslücken mussten deshalb nicht nur Kommunen und Träger, sondern zunehmend auch Eltern schließen – über steigende Elternbeiträge und zusätzliche Kosten. Dabei kann es nicht Aufgabe der Eltern sein, strukturelle Defizite im System aufzufangen; für eine auskömmliche Finanzierung der Kindertagesbetreuung ist die Staatsregierung verantwortlich. Nun werden diese Versäumnisse erneut auf junge Familien abgewälzt, während Elternbeiträge und Verpflegungskosten hoch bleiben oder weiter steigen.

Die Staatsregierung konstruiert damit einen künstlichen Gegensatz zwischen Familienförderung und Kita-Finanzierung. Beide Bereiche sind zentrale Bausteine eines familienfreundlichen Landes – und beide sind notwendig, um frühe Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es die Staatsregierung nun tut, indem sie Familienleistungen streicht, um selbst verursachte Finanzierungslücken bei den Kitas zu schließen. Ein echtes Familienland investiert in beides, statt Gelder umzuschichten und Belastungen zu verschieben.

Für viele junge Familien sind die gestrichenen Leistungen existenziell. Sie beeinflussen unmittelbar, ob Kinderbetreuung bezahlbar ist und ob beide Elternteile erwerbstätig sein können. Die Entscheidung für Kinder wird damit immer mehr zu einer finanziellen Frage – und Familiengründungen werden aufgeschoben oder ganz aufgegeben. In Zeiten sinkender Geburtenzahlen ist diese Politik kontraproduktiv. Eine einkommensabhängige Familienförderung ab 2027 (orientiert am Elterngeld) würde Familien gezielt unterstützen.